

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Debit beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabeleiter ohne Beleghe 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Es folgt der insgesammt: zehn Mal monatlich. Die Anzeigen werden nach Raum- und Zeit-Preisen berechnet, die Zeit- 0.25 Reichsmark für die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsbüro, Hans Demmeke u. a. O., Deutscherhofstr. 17. Druckerei: „Allgemeine Zeitung“, Gasse 17. Verlagsbüro: Gasse 17. Druckerei: Gasse 17. Verlagsbüro: Gasse 17. Druckerei: Gasse 17.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Mittwoch trat im Reichswehrministerium die vorläufige Marinekammer zusammen, um Beförderungs- und Versorgungsangelegenheiten zu beraten.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Mittwochssitzung den Gesetzentwurf über Abänderung des Reichsstaatsbankgesetzes.

Der Reichstagsausschuß für Jugendbeschäftigung und Jugendfürsorge, der vom Reichstage besonders zur Beratung von Gesetzentwürfen für den Jugendbeschäftigung eingeleitet worden ist, beschloß, in die fachlichen Beratungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur erst im Herbst einzutreten.

Die Vertreter der vier Bergwerksorganisationen haben am 22. Juli in Bochum die Beratungen über das Abfahrgesetz und Arbeitszeitproblem im Bergbau fortgesetzt. Entgegen den Erklärungen der Arbeitgeber und dem Aufruf der vereinigten Handelskammern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Abfahrgesetze im Ruhrbergbau nicht durch Veränderung der Arbeitszeit behoben werden könne.

In der Stadtbürgermeisterversammlung in Dortmund wurde der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirsch (Sozialist) mit 36 von 67 Stimmen zum Zweiten Bürgermeister der Stadt Dortmund gewählt. Für die Wahl stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Kriegesbeschädigten und die Demokraten. Der Gegenkandidat der liberalen Partei, Dr. Kasper, der im Zentrum (Zentrum) erhielt 31 Stimmen.

Der Ausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschäftigte sich am Mittwoch abermals mit der Auffstellung einer Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert im Reichstage. Er beschloß, die Büste die Professor Kolbe gearbeitet hat, in dieser Ausführung nicht anzunehmen, sondern über eine andere Büste mit Professor Kolbe oder auch anderen Künstlern weiter zu verhandeln.

Die Kündigung aller Lohnverträge bei der deutschen Reichsbahn zum 31. August hat die Generaldirektion infolgedessen überholt, als neue Lohnverhandlungen unmittelbar bevorstehen. Die neue Lohnbewegung bei der Reichsbahn ist deshalb mit einer Streikgefahr verbunden, wenn die neuen Forderungen, die in Berlin bis zu 50 Prozent gehen, ohne Erhöhung aller Löhne nicht tragbar sind.

Das Kriegsgesetz von Amiens verurteilte den deutschen Oberleutnant Wädiger in contumacia wegen angeblichen Mordes und Brandstiftung zum Tode.

Der belgische Minister hat die Anstellung eines deutschsprechenden Richters in Brüssel beschlossen, um den Bedürfnissen der von Deutschland abgetretenen Gebiete entgegenzukommen.

Nach Meldungen aus Mailand hat sich dort ein schäbliches Komitee zur „Erlösung Nordtirols und der italienischen Gebiete der Schweiz“ konstituiert. Das Komitee will mit Anrufen an die Defensivkräfte treten. Den Ehrenvorsitz hat D'Annunzio.

Aus Warschau wird gemeldet: Die polnische Regierung veröffentlicht 13 neue Einfuhrverbote gegen deutsche Waren. Die Zahl der am 1. August zur Ausweisung kommenden deutschen Diplomaten beträgt, laut dem „Kurjer Polski“, 8500.

Am 20. Juli um 7 Uhr abends kam es in Wolgynin im Kreise Krenburg an der polnisch-litauischen Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer polnischen und einer russischen Streitmacht. Ein russischer Offizier begann auf die polnischen Soldaten zu schießen. Die polnische Abteilung beantwortete das Feuer und schoß den russischen Offizier nieder. Im gleichen Augenblick begann eine jenseits der Grenzlinie verborgene ausgeschwärmte russische Schützenlinie Gewehrfeuer auf die polnische Abteilung zu eröffnen und zwang die polnischen Soldaten, sich zurückzuziehen.

Rückfragen aus Paris und London.

Der Eindruck der deutschen Note.

Berliner Brief.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wir haben bei den Entente-Diplomaten in Berlin eine kurze Rückfrage gehalten. Uns wurde übereinstimmend Zufriedenheit und Genugtuung über die deutsche Note zum Ausdruck gebracht. Auf Einzelheiten einzugehen, lehnte man naturgemäß ab, da dieses Sache der verantwortlichen Regierungen sei.

In der französischen Botschaft betonte man, daß die deutsche Note die Möglichkeit zur Fortsetzung der Sicherheitsverhandlungen gebe. Das sei ihr Fortschritt. An dieser Stelle hörten wir auch, daß bereits aus Paris eine Rückfrage eingegangen ist, über die morgen oder übermorgen die Reichsregierung befragt werden soll.

Auch auf der englischen Botschaft liegen schon Rückfragen des Londoner Kabinetts vor, besonders über die Anregung der Räumungsfrage in der deutschen Note. Die belgische Gesandtschaft ist noch ohne Mitteilung aus Brüssel, aber auch sie hat den Glauben, daß die deutsche Note, obwohl sie sich nicht die Möglichkeit überhaup nicht mache, sondern sich nur in politischer Darlegung erweist, den Weg zu einer Garantieung der belgischen Grenzen bahnen wird.

Wenn diese Mitteilungen der beteiligten drei diplomatischen Vertretungen auch nur den Beweis

dafür geben, daß Frankreich und England einer sofortigen Erledigung der Note näher getreten sind, dann dürfte eine Entspannung in der deutschen Außenpolitik merkbar eintreten. Das Pariser „Journal“ schrieb gestern freudig, Briand wolle vor seinem Commerciautritt die deutsche Note beantworten, und das könne schon innerhalb zwei bis drei Wochen geschehen, nicht leicht aber auch schon in Tagen. Diese Meldung des halbamtlichen „Journal“ erscheint uns deshalb beachtlich, weil im Auswärtigen Ausschusse letzthin Herr Stresemann die schnelle und baldige Reingung der Atmosphäre mit Frankreich für erstrebenswert hielt.

Sofortlich bringen nicht die nächsten Tage einige Erscheinungen. Denn die Poincaréreise in Frankreich ist noch nicht tot, auch nicht die grundsätzliche Richtung, wenn diese auch in den letzten französischen Wahlen in der Minderheit blieb, nicht Deutschland zu liebe, sondern aus Furcht und Angst vor der Frankentaufschrede. Der erste „Lemps“ schreibt:

es gebe keine politische Krise in Frankreich, die in der Stresemann-Note keinen Fortschritt erblicke, sei sie vielmehr das Produkt der Verschiebung der deutschen Politik.

Welche Richtung in Frankreich herrscht, wird Deutschland sicherlich in wenigen Tagen erfahren.

Außenpolitische Debatte im Reichstag.

Im Reichstag wurde Mittwoch die große außenpolitische Aussprache eingeleitet durch eine Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Stresemann. Er erinnerte einleitend an seine Reichstagsrede vom 18. Mai und an die Erörterung der Sicherheitsfrage. Er habe die grundsätzliche Einteilung der Reichsregierung zu dieser Frage damals dahin charakterisiert, daß eine „Lösung“ der deutschen Lage im Ausland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Die deutsche Antwortnote ist ein Beweis für unsere aufrichtigen Willen, das Friedensgesetz zu erfüllen. Den Kernpunkt des angestrebten Vertragswerkes bildet

der westliche Garantiepakt.

Dazu kommt der Ausbau des Systems der Schiedsgerichtsverträge. Wichtige maßgebende Einzelheiten sind noch unklar, darunter besonders die Ausgestaltung des Sicherheitspactes in einzelnen Schiedsgerichtsverträge und die Stellung Deutschlands zum Völkerbund. Unklar ist auch das Verhältnis des Sicherheitspactes zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Rheinabkommens. Wir hoffen, daß unsere lautierte Kritik wesentlich zur Klärung der Dinge beitragen wird. Die Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden, und wir dürfen uns der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. In dieser Hoffnung befaßt uns die bedeutungsvolle Aufgabe der

Räumung des Ruhrgebietes

noch vor dem vertragsmäßigen Termin. Mit Genugtuung wird festgehalten werden, daß die französische und belgische Regierung damit ihren guten Willen gezeigt haben. (Zusammenhang mit den Regierungsparteien.) Sie haben sich in ihrer Entscheidung auch nicht lösen lassen durch die trambischie Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachweisen wollte, daß der grundlegenden französische Text die Belagungsrechte lediglich verpfändete, nach dem 16. August mit der Räumung fortzufahren. Solche Feuerreden sind in einer Zeit, wo die Regierung ihre ganzen Anstrengungen auf die Sicherung der Räumung richtet, vom Standpunkt der Wahrung der nationalen Interessen unerträglich. (Lebt, Beifall bei den Regierungsparteien, Zwischenrufe und Därm bei den Wilden.) — Abg. Dietrich-Franke (SPD) erhält einen Ordnungsruf.) Es sind Zweifel aufzulaufen, ob nun

Die Räumung der Sanctionsstädte

ebenfalls erfolgen wird. Ich habe niemals daran geglaubt, daß die Alliierten sich in London übernommenen Verpflichtungen auch in dieser Beziehung erfüllen werden, und bin überzeugt, daß auch die Sanctionsstädte demnächst geräumt werden. (Zwischenrufe bei den Wilden.) Es kann sein, daß es Gruppen in diesem Saale gibt, die in der Räumung überhaupt eine unerfreuliche Handlung erblicken. (Lebt, Beifall bei den Regierungsparteien.) Der Minister stellte dann fest, daß nach

London ein harter Zustand der Entspannung der öffentlichen Meinung festzustellen war. Aber die Wiederkehr der nächsten Rheinabnahme, die am 10. Januar erfolgen sollte, hat die Entspannung wieder zurücktreten lassen. (Zusammenhang.) Selbst die noch offenen Restpunkte der Entwaffnungsnote boten keinen Grund für die weitere Verzögerung der Rheinabnahme.

Wir können nicht über das hinaus leisten, was im Versailler Vertrag niedergelegt ist. Das ist die selbstverständliche Grenze.

Man hat manchmal die Empfindung, als ob einzelne Persönlichkeiten glaubten, daß es sich beim Sicherheitspact um einen bloßen Einfall handelt, der in die Weltöffentlichkeit geschleudert wurde. Diese Sicherheitsfrage schwebte schon seit Jahren zwischen Frankreich und den Alliierten und soll jetzt zwischen Frankreich und uns zur Erledigung kommen. Alle Begehren, alle Generalisierungen wurden immerhin zurückgewiesen, das einen Gesichtspunkt des beabsichtigten Frankreichs, das Anspruch auf erhöhte Sicherheit hätte. Wäre es gelungen, diese Frage früher zu lösen, so hätten sich die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei erledigt. Der Außenminister verweist dann auf die große

Bedeutung des Sicherheitspactes für das Rheinland.

Er zitiert eine Rede Poincarés vom Ende des Jahres 1923, in der dieser unerwähnt die Hoffnungen ausdrukt, daß die Separatisten im Rheinland Erfolg haben würden, und daß eine Lösung des Rheinlandes vom Reich zu erhoffen wäre. (Lebt, hört! hört!) Daher auch die große Bedeutung des Sicherheitspactes für das Rheinland, für sein Verbleiben bei Deutschland. (Zusammenhang.) Ich gehe nicht zu denjenigen, die von der Räumung des Ruhrgebietes in Frankreich Vorteile für Deutschland erhoffen. Auch glaube ich nicht, daß die Großmachtstellung Frankreichs durch Verwicklungen in Marocco itendweise erhöht werden kann. Nicht da liegen die Probleme. Nicht nur wir, sondern viele Kreise Europas haben Interesse daran, daß sich alle Weltmächte in der Wiederherstellung des zusammengebrochenen Europas einsehen.

Die Aussprache.

Als erster Redner aus dem Hause sprach der sozialdemokratische Abg. Dr. Reichardt. Er bedauerte zunächst die lange Hinabschiebung der außenpolitischen Debatte. In vielen Punkten gebe die Antwortnote weiter als die frühere Entwaffnungsnote. Dr. Reichardt stimmte im ganzen der deutschen Note und der gegenwärtigen Außenpolitik zu, erklärte aber, die Sozialdemokratie sei nicht in der Lage, der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. — Für die Deutschnationalen sprach Abg. Graf Westphalen. Er betonte, die Deutschnationalen seien keineswegs grundsätzliche Gegner einer Politik der Verständigung. Sie könnten auch der belgischen Antwortnote durchaus zustimmen, weil sie sowohl in der Frage des Sicherheitspactes wie in

der Völkerbundfrage die von Frankreich an Deutschland gestellten zu weit gehenden Zusatzen zurückweisen. Die Zustimmung werde den Deutschnationalen dadurch erleichtert, daß es sich bei der Note um einen Akt der Vorbereitungslungen handle.

Eine unerklärliche Voraussetzung für Verhandlungen

Bei der vollständigen Räumung der Sanctionsgebiete, vor allem der Kölner Zone, und ein Abgehen vom Standpunkt, der in der Entwaffnungs- und Luftfahrnote eingegeben wurde. — Der Zentrumskoordinator Dr. Kaas billigte die deutsche Antwortnote als die geradlinige Fortsetzung der Verständigungsnote. — Abg. Dr. Carius von den Deutschen Volkspartei billigte ebenfalls die Politik des Außenministers, die sich als durchaus erfolgversprechend bewährt habe. Er wandte sich dagegen, daß die Politik in letzter Zeit aus innerpolitischen Gründen selbst von Regierungsparteien getrübt worden sei; jetzt ließe sich ebenfalls das belagerte Kabinett geschlossen hinter der Antwortnote der Regierung. Da die Sozialdemokratie nicht gegen die Note nichts einzuwenden habe, sollte sie durch ihre Zustimmung im Interesse der Außenpolitik die Regierungstruppe vorbereiten. — Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Frankenrische Vorbehalte.

Paris, 23. Juli. Nach Beratung der deutschen Sicherheitspactnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Brüssel und Prag wurden beauftragt, die politische bzw. staatsrechtliche Regierung zu unterrichten, daß, wenn auch die Antwort des Deutschen Reiches die Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland gestatte, sich dennoch daraus erste Gegenstände zu der französischen Auffassung ergeben, einmal hinsichtlich des Artikels 16 des Völkerbundespactes, der das Vorgehen der eingeschlossenen Staaten im Falle eines Konfliktes regelt, und andererseits hinsichtlich der deutschen Vorklage bezüglich des Schiedsgerichtsverfahrens.

Die letzten Räumungsmaßnahmen.

Dem Oberbürgermeister von Mülheim (Ruhr) ist ein Schreiben des Kommandanten des Gebietes Essen zugegangen, in dem es heißt: „Geht dem Befehl des kommandierenden Generals der Armee durch die Kontrolle über die geräumten Gebiete durch die Besatzungsbehörde an nachfolgenden Punkten an: Am 20. Juli, 12 Uhr nachts, für die besetzten Gebiete der Provinz Westfalen, am 31. Juli, 12 Uhr nachts, für den Rest der seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete. Hiernach wird derjenige Teil Westfalens, der seit dem 11. Januar 1923 besetzt ist, mit Wirkung vom Samstag, den 1. August d. J., ab gleichfalls geräumt.“

Die Besatzungskommandantur hat dem Besatzungsamt Essen mitgeteilt, daß der letzte Besatzungsabgeordnete besetzten Quartiere bis zum 25. Juli den deutschen Behörden übergeben sein müssen. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind vier Kommissionen mit je einem deutschen Mitglied eingesetzt worden. Die Arbeit konnte bisher ohne Schwierigkeit abgewickelt werden.

Zusammenhänge in Bochum.

Auf dem Weltplatz in Bochum kam es bei Demonstrationen der Antiparteien gegen das Bilden von Schützengruppen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die mit blanker Waffe eingreifen mußte. Es gelang erst nach einiger Zeit, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Das Chinaproblem.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet: „Trotz der zunehmenden Entspannung der Dinge in China sind die Hoffnungen auf Vermittlung eines allseitigen Krieges gering. Es ist jedenfalls ein Axiom, daß während die beunruhigende Ruhe in China amtlich in allen Meldungen betont wird, die Versicherungsgesellschaften in London die Risikoprämien für China weiter beträchtlich erhöhen. So hat die Lloyd keine Verlebensanfrage gegen Ariesversicherung in Orléans am 20. Juli zum dritten Male in diesem Monat und zwar bis 65 pro Tausend. Das ist der höchste Bräntienfuß, der, von der Rückseite abgesehen, von Lloyd jemals notiert worden ist.“

Auf die amerikanische Note über Einbeziehung einer Konferenz zur Erörterung der Fragen der Extraterritorialität und anderer Probleme in China hat Japan eine zugelegte Antwort erteilt. Amtlich wird aus London gemeldet, daß Großbritannien und Japan über die in China zu befragende Politik und die amerikanischen Vorbehalte zu vollständigem Einvernehmen gelangt sind.

